



## **Agrotreibstoffe**

### **Globale Ernährungssituation, Recht auf Nahrung und Auswirkungen auf Frauen**

#### **Positionspapier des WIDE–Netzwerks Women in Development Europe (Österreich)**

Steigender Ölpreis, erhöhte Energienachfrage, Klimawandel und Kyoto-Protokoll-Pflichten führen zu einem weltweiten Boom für erneuerbare Energieträger inklusive Agrotreibstoffe. Ob der großflächige Anbau von Pflanzen für diese Treibstoffe im Einklang mit den Verpflichtungen von Staaten für die Ernährungssicherung steht, soll im Folgenden untersucht werden, ebenso wie ihr tatsächliches Klimaschutz-Potential.

#### **Zur globalen Ernährungssituation**

Laut UN hungert derzeit eine Milliarde Menschen – so viele wie nie zuvor. Die Finanzkrise und die zum Teil durch Spekulation hochgetriebenen Preise für Grundnahrungsmittel haben die Situation enorm verschärft. Die Weltmarktpreise für Lebensmittel sinken zwar wieder, die Ladenpreise jedoch nicht. Zwischen 2005 und Mitte 2008 haben sich die Preise für Weizen, Mais und Reis in nicht einmal drei Jahren mehr als verdoppelt<sup>1</sup>. Für arme Menschen im Süden, die bis zu 60 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben, dramatisch. OECD und FAO erwarten erneute empfindliche Preissteigerungen bei Getreide und Pflanzenölen in der kommenden Dekade. Nahrung ist für die Armen dieser Welt – bis zu 70 Prozent davon Frauen<sup>2</sup> – immer schwerer zu bekommen, obwohl genug davon vorhanden ist.

Laut FAO muss die weltweite Nahrungsproduktion jedoch bis 2050 um mehr als 70 Prozent (Basis 2005-2007) steigen, damit alle Menschen ernährt werden können. Die zunehmende Landnutzung für die Agrotreibstoffproduktion ist daher kritisch zu betrachten.

#### **Relevante internationale Verpflichtungen Österreichs**

##### ***Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte***<sup>3</sup>

Das Recht auf adäquate Nahrung ist ein fundamentales Menschenrecht<sup>4</sup>. Im Rahmenpakt hat sich Österreich wie mehr als 150 Staaten auch, verpflichtet, dieses Recht für alle Menschen im nationalen und internationalen Wirkungsbereich zu respektieren, vor Verletzung durch Dritte zu schützen sowie aktiv und gezielt zu fördern und umzusetzen<sup>5</sup>. Der Pakt, 1966 durch die UN-Generalversammlung beschlossen, trat 1976 in Kraft.

Laut UN-Rechtskommentar 12 bedeutet dies, dass für den Menschen zu jeder Zeit angemessene und ausreichend Nahrung sowohl ökonomisch als auch physisch zugänglich ist. Dabei ist auf Nachhaltigkeit bei der Nutzung der natürlichen Ressourcen und der Verteilung zu achten, damit das

<sup>1</sup> [http://www.welt.de/wirtschaft/article1971118/Verbraucher\\_werfen\\_Handel\\_Preistreiberei\\_vor.html](http://www.welt.de/wirtschaft/article1971118/Verbraucher_werfen_Handel_Preistreiberei_vor.html)

<sup>2</sup> Laut United Nations Development Fund for Women (UNIFEM):

[http://www.unifem.org/gender\\_issues/women\\_poverty\\_economics/](http://www.unifem.org/gender_issues/women_poverty_economics/)

<sup>3</sup> International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights – ICESCR

<sup>4</sup> FAO. World Food Summit. The Right to Food.

<http://www.fao.org/WorldFoodSummit/sideevents/papers/Y6959e.htm>

<sup>5</sup> „States parties should take steps to respect the enjoyment of the right to food in other countries, to protect that right, to facilitate access to food and to provide the necessary aid when required.“ (Art. 36)

Recht auf Nahrung auch für kommende Generationen gewährleistet bleibt<sup>6</sup>. Angemessene Nahrung bedeutet Ausgewogenheit an Nährstoffen sowie Berücksichtigung von Qualität, kulturellen Gepflogenheiten und altersbedingten Bedürfnissen. Nachhaltige Nahrungsproduktion, der gerechte Zugang zu Ressourcen wie Land, Saatgut und Wasser insbesondere für ärmste und marginalisierte Bevölkerungsgruppen sind demnach staatliche Verpflichtungen im Rahmen des Rechts auf Nahrung.

### ***Die UN-Klimarahmenkonvention***

Die Klimarahmenkonvention, 1992 bei der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro von den meisten Staaten, auch Österreich, unterschrieben, trat 1994 in Kraft. Sie ist der erste völkerrechtlich verbindliche internationale Vertrag zum Klimaschutz. Im Rahmen des Kyoto-Zusatzprotokolls ist Österreich auch zu einer Reduktion seiner Treibhausgas-Emissionen um 13 Prozent bis zum Jahr 2012 verpflichtet.

Für Agrotreibstoffe wird mit ihrer angeblichen Klimaneutralität argumentiert. Aber selbst, wenn das stimmte, darf natürlich eine Verpflichtung (Klimaschutz) nicht auf Kosten einer anderen (Ernährungssicherung) umgesetzt werden.

### ***Das Übereinkommen über die biologischen Vielfalt (CBD)***

Die Biodiversitäts-Konvention (CBD)<sup>7</sup> wurde 1992 auf der UNCED beschlossen und hat mittlerweile 190 Vertragsstaaten – inklusive Österreich. Sie hat den Schutz der biologischen Vielfalt, ihre nachhaltige Nutzung sowie die gerechte Verteilung des Gewinns daraus zum Ziel, ebenso wie das gleichfalls von Österreich ratifizierte Zusatzprotokoll zur Biosicherheit (Cartagena-Protokoll) und der internationale Vertrag über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft<sup>8</sup>. Das Cartagena-Protokoll bezieht sich u.a. auf ökologische und gesundheitliche Sicherheit von genmanipuliertem Saatgut und Keimmateriale sowie der daraus entstehenden Pflanzen.

Es ist zu befürchten, dass die Agrospritproduktion dazu genutzt wird, um die Akzeptanz von Gentechnik zu erhöhen. Auch in Österreich gab es Ansätze in diese Richtung. Denn der Einsatz von Gentechnik für die Treibstoffproduktion wird eher akzeptiert als für die Nahrungsproduktion, ist aber für die Umwelt und biologische Vielfalt ebenso schädlich.

### ***Verpflichtungen im Rahmen der EU***

Die so genannte Biokraftstoff-Richtlinie 2003/30/EG der Europäischen Union verpflichtet die Mitgliedstaaten, einen Mindestanteil an Agrokraftstoffen in Verkehr zu bringen. Bis 2010 sollen den fossilen Brennstoffen 5,75 Prozent Bioethanol und Biodiesel beigemischt werden, bis 2020 10 Prozent. Das aktuelle Regierungsprogramm Österreichs sieht die zehnpromzentige Beimischung bereits bis 2010 und 20 Prozent Beimischung bis 2020 vor.

Schwerwiegende soziale und ökologische Bedenken führen langsam zum Umdenken. Der Industrieausschuss des EU-Parlaments forderte im September 2008, dass mindestens 4 Prozent der angestrebten 10 Prozent durch den Einsatz neuer Agrotreibstoffe der zweiten Generation aus zellulosereichen Pflanzen hergestellt (Stroh, Luzerne, Rinde, Blätter, Mist) und durch Elektro- und Hybridantriebe erreicht werden. 40 Prozent der Agrotreibstoffe soll aus Quellen kommen, die nicht in Konkurrenz zu Nahrungs- oder Futtermitteln stehen. Agrotreibstoffe der zweiten Generation sind kritisch zu betrachten: Bioabfälle stellen wichtige Nährstoffe für die Regeneration der Böden dar. Treibstoffproduktion aus solcher Biomasse entzieht somit den Böden Regenerationsmöglichkeiten.

### ***Das nationale EZA-Gesetz und die Verpflichtung zur Politikkohärenz***

Im nationalen Entwicklungszusammenarbeits-Gesetz verpflichtet sich Österreich zur Armutsbekämpfung, zur Friedenssicherung und zum Schutz von Umwelt und natürlichen Ressourcen.<sup>9</sup> Demnach muss Österreich die wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung der

<sup>6</sup> <http://www.bayefsky.com/getfile.php/id/357/misc/general>

<sup>7</sup> Convention on the Biological Diversity – CBD

<sup>8</sup> International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture

<sup>9</sup> §1 Art.3 österr. EZA Gesetz [http://www.entwicklung.at/uploads/media/EZA\\_Gesetz.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/EZA_Gesetz.pdf)

sogenannten Entwicklungsländer fördern und alles, was dem entgegen wirkt, vermeiden. Auch im Rahmen der gemeinsamen Entwicklungspolitik der EU muss Österreich in allen Politikfeldern, welche die Entwicklungsländer berühren könnten, die nachhaltige Entwicklung, die harmonische, schrittweise Eingliederung in die Weltwirtschaft und die Bekämpfung der Armut verfolgen. Einen dafür zentralen internationalen Konsens stellen die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) dar.<sup>10</sup> Das erste dieser Ziele ist die Halbierung der weltweiten Anzahl an Hungernden – mehrheitlich Frauen – zwischen 1990 und 2015. Der MDG-Report 2008<sup>11</sup> kündigt aufgrund der gestiegenen Nahrungsmittelpreise mehr anstatt weniger Hunger und Armut an. Er macht u.a. die Produktion von Treibstoff aus Nahrungsmitteln dafür verantwortlich.

## **Problematik der Agrotreibstoffe**

### ***Horrende Preissteigerungen***

Derzeit wird ca. ein Prozent der globalen Ackerflächen für Agrotreibstoffe verwendet. Zwischen 2004 und 2007 wurden 70 Prozent der weltweiten Zunahme der Maisproduktion zu Agrosprit verarbeitet. Der weitere Ausbau ist geplant. So verfolgen die USA ein Beimengungsziel von 30 Prozent bis 2030. Bereits 7 Prozent der weltweit produzierten Pflanzenöle werden zu Agro-Diesel verarbeitet<sup>12</sup>. Die wachsende Nachfrage nach Mais für Treibstoff verdrängt andere Feldfrüchte, insbesondere Getreide. Ergebnis: Enormer Preisanstieg bei Grundnahrungsmitteln. Zwischen Jänner 2005 und Juni 2008 verdreifachte sich der Maispreis. Weizen wurde um 127 Prozent teurer, Reis um 170 Prozent, Palmöl um 200 Prozent, Sojaöl um 192 Prozent. Die Preise für Zucker, Zitrusfrüchte, Bananen, Fleisch stiegen im Schnitt um 48 Prozent.<sup>13</sup>

Ernährungssicherheit sinkt, Armut steigt. Frauen sind aufgrund ihrer vielfachen Pflichten, ihre Familien zu versorgen, ganz besonders und unmittelbar betroffen. In Indonesien etwa steigen die Preise für Speiseöl seit Beginn des Biodiesel-Booms wegen der rasant ansteigenden Weltmarktpreise für Palmöl unaufhörlich an. Indonesierinnen beklagen, dass qualitätsvolles Speiseöl zunehmend rar und kaum mehr leistbar wird.<sup>14</sup> In Brasilien führte die Ausweitung des Zuckerrohranbaus für Agrosprit auf Weideland innerhalb kurzer Zeit zu einer Erhöhung des Milchpreises um 50 Prozent.<sup>15</sup>

### ***Klima-Kolonialismus***

Die Beimengungsziele der Industrieländer können bisher nur durch den Import großer Mengen an pflanzlichen Rohstoffen erreicht werden. Beim derzeitigen Treibstoffverbrauch wären für Österreichs 10 Prozent-Beimengungsziel jährlich etwa 890.000 Tonnen an Agrosprit nötig. Für 85 Prozent davon müssten die Rohstoffe anderswo produziert werden<sup>16</sup>, da Österreich dafür Agrarflächen fehlen. Theoretisch könnte die Agrotreibstoffproduktion zur Schaffung von Einkommen in Ländern des Südens beitragen. Tatsächlich aber produzieren Konzerne auf riesigen Anbauflächen Rohstoffe für den Export und rechtfertigen unrichtigerweise die Umwidmung dieser Flächen von Nahrungs- auf Treibstoffproduktion zudem als Beitrag zum Klimaschutz. NGOs kritisieren das als „Klima-Kolonialismus“.

### ***Landkonflikte***

Zirka 75 Prozent der ärmsten – mehrheitlich weiblichen – Bevölkerung der Welt und etwa 50 Prozent der von Hunger bedrohten Menschen ernähren sich von kleinbäuerlicher Landwirtschaft. Essentiell für sie ist Zugang zu Land, Wasser, Saatgut, technischer Unterstützung. Die forcierte Agrospritproduktion führt zu Einschränkungen für Klein- und SubsistenzbäuerInnen, Nomaden und indigene Völker. Es

<sup>10</sup> Millennium Development Goals – MDGs

<sup>11</sup> Siehe [www.un.org/millenniumgoals](http://www.un.org/millenniumgoals)

<sup>12</sup> Donald Mitchell, *A Note on Rising Food Prices*, Policy Research Working Paper 4682, Weltbank, Development Prospects Group, Juli 2008

<sup>13</sup> Ebenda

<sup>14</sup> *Die Biosprit-Lüge*, ein Film von Inge Altemeier (2009)

<sup>15</sup> *Energy Crops for Agrofuels*, FIAN-Deutschland: Fact Sheet for GTZ – Agrofuels – Nov. 2007

<sup>16</sup> AG Agrotreibstoffe, Folder Agrotreibstoffe; Herausgeber Klimabündnis Österreich, 2008

kommt zu Vertreibungen, erzwungenen Umsiedlungen, Landverlust. In Ländern wie Brasilien, Indien, den Philippinen werden Landreformen und Restitutionsforderungen indigener Völker zurückgestellt.

In all diesen Gruppen sind Frauen mehrfach betroffen. Aus strukturellen Gründen haben Frauen weniger Zugang zu Land. Durch den zunehmende Bedarf an Land für die Agrospritproduktion wird der Zugang zu Land für sie noch schwieriger bzw. unsicherer. Ihre Rolle und Aufgaben in den jeweiligen Gesellschaften sind oft mit eingeschränkter Mobilität verbunden; ihre Chancen, auf Einkommen aus anderen Tätigkeiten als der Subsistenzwirtschaft auszuweichen, sind daher ungleich kleiner als jene von Männern.

### **Beispiel Indonesien**

In Indonesien führt die steigende Palmöl-Produktion – fast Verdoppelung zwischen 2002 und 2008 – zu verschärftem Kampf um Land. So wurden die Menschen der Gemeinde Batang Kuma (Sumatra) von ihrem Land vertrieben, die Häuser niedergebrannt, um dort neue Palmplantagen aufbauen zu können. Im Februar 2009 dokumentierte das indonesische Netzwerk Sawit Watch („Palmöl beobachten“) 576 Konflikte um Ressourcen, hauptsächlich um Land.<sup>17</sup>

### **Beispiel Brasilien**

Die Guarani Kaiowá, schon lange aus Mato Grosso do Sul im Südosten Brasiliens vertrieben, hofften 1973 auf Restitution ihrer traditionellen Gebiete. Ein neues Gesetz bestimmte die Rückgabe der Ländereien an die indigenen Völker. Gleichzeitig wurde in Mato Grosso auf subventionierten Plantagen Zuckerrohr für Agrosprit angebaut. Von Restitution war keine Rede mehr. Die Guarani Kaiowá mussten in minderwertigen Reservaten bleiben und weiter hungern.<sup>18</sup>

### **Beispiel Papua Neuguinea**

Der Inselstaat nördlich von Australien wird von Großkonzernen für die Palmölproduktion zur Herstellung von Agrotreibstoff genutzt. Mit Unterstützung der Weltbank und anderen internationalen Institutionen wird Ackerland zur Nahrungsproduktion für Ölpalmplantagen akquiriert, Regenwald wird abgeholzt oder durch Brandrodung zerstört, um Platz für Ölpalmen zu schaffen. Die indigene Bevölkerung wird ihrer Lebensgrundlage beraubt. Kleinbauern, ausschließlich Männer, müssen für geringes Einkommen, das kaum für die Grundbedürfnisse reicht, Palmölfrüchte produzieren und an die Konzerne liefern. Frauen werden ignoriert und übergangen. Durch die massenhafte Umwidmung von indigenem Land zu Nutzland für die Konzerne wurde für Frauen der ohnehin schwierige Zugang zu Land noch stärker eingeschränkt und damit ihre Möglichkeiten zur Nahrungsproduktion und Versorgung ihrer Familien.<sup>19</sup>

Zur Effizienzsteigerung wurde schließlich das „mama lus frut scheme“ eingeführt. Frauen dürfen die bei der Ernte der Männer heruntergefallenen Ölfrüchte einsammeln und bekommen dafür eine geringe Bezahlung. Die Konzerne konnten so ihren Ertrag um 14 Prozent steigern. Frauen werden oft auch zum Sprühen von Agrochemikalien eingesetzt, ohne über die gesundheitsschädliche Wirkung der Sprühmittel informiert zu werden. Das hart erarbeitete bisschen Geld müssen Frauen nun für den Kauf von aufgrund der Verknappung überteuerter Nahrung, die sie nicht mehr selbst produzieren können, ausgeben. Die geringe Einkommensmöglichkeit ist für die Frauen mitunter mit Prostitution verbunden. Frauen in Papua Neuguinea haben durch die Agrotreibstoffproduktion ihren gesellschaftlichen Status bei der Familiernahrung verloren und wurden zu bloßen Restsammlerinnen degradiert.

<sup>17</sup> Vgl. Pichler Melanie, eigene Aufzeichnungen – Untersuchungen für Diplomarbeit, 2008, unveröff.

<sup>18</sup> FIAN International: Agrofuels in Brasil. Fact-finding Mission ((2008)

<sup>19</sup> FIAN Österreich, *Palmölproduktion in Papua Neuguinea schafft Hunger*, Hintergrundinformation zur Unterschriften- und Postkartenaktion von Weltgebetstag 2009 und FIAN in Österreich, Jänner 2009

### ***Wasserknappheit***

Die industrielle Landwirtschaft ist im Gegensatz zu traditionellem kleinbäuerlichen Anbau extrem wasserintensiv. So benötigt die Produktion von einem Liter Ethanol aus Zuckerrohr in Brasilien fast 3.500 Liter kostbares Wasser. In China müssen durchschnittlich 2.400 Liter Wasser eingesetzt werden, um einen Liter Ethanol aus Mais zu gewinnen.<sup>20</sup> Verunreinigung und Verknappung des Wassers mit katastrophalen Folgen für Versorgung und Gesundheit der ländlichen Bevölkerung sind die Folge. Frauen, die täglich mit Haushalt und Versorgungspflichten (Nahrungsverarbeitung, Gesundheit, Hygiene) konfrontiert sind, haben die Hauptlast der Wasserknappheit zu tragen: Versorgungsprobleme, längere beschwerlichere Wege zur Beschaffung, gesundheitliche Schäden. Zugang zu Wasser, einem der wichtigsten Lebensmittel, ist ein wesentlicher Bestandteil des Rechts auf Ernährung.

### ***Schaden für Umwelt und biologische Vielfalt***

Industrielle Agrarproduktion verursacht Umweltschäden durch Chemikalien wie Kunstdünger und Pestizide. Seit den 1960er Jahren sind dramatische Verluste an biologischer Vielfalt durch den Intensivanbau in Monokulturen bekannt. Die Agrotreibstoffproduktion erhöht den Druck in Richtung Gentechnologie, die Probleme wie Kontamination anderer Felder, Auskreuzen auf Wildpflanzen, Schäden für Bodenorganismen, Nützlinge und Vögel verursacht.

In vielen traditionellen Gesellschaften sind Frauen für die Pflege des Saatguts zuständig, das für die tägliche Ernährung von höchster Bedeutung ist. Das beinhaltet die Saatgutauswahl und -produktion sowie pflanzenzüchterische und kreative Arbeit, mit der die pflanzenbiologische Vielfalt vermehrt wird. Industrielle Landwirtschaft, Umweltschäden und Kontamination diskriminieren und bedrohen die Bedeutung und den Wert dieser Aufgaben. Damit wird auch der soziale und wirtschaftliche Status dieser Leistung sowie die Existenzsicherung der Frauen missachtet und marginalisiert.

### ***Klimatäuschung***

Studien widersprechen der Erwartung, dass Agrotreibstoffe den Ausstoß an Treibhausgasen verringern. Je nach Rohstoff (Raps, Getreide, Kartoffeln, Mais, Palmöl, Zucker) schwanken die Werte bei Bioethanol zwischen einer Erhöhung der THG-Emission von 6 Prozent und einer Treibhausgas-Reduktion von 30 Prozent, bei Biodiesel zwischen einer Verringerung von 10 bis 70 Prozent. Dazu kommen noch die Emissionen aus der landwirtschaftlichen Produktion. Der Abbau von Humus und die Trockenlegung von Torfböden erzeugen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Aus Kunstdünger entsteht Lachgas (N<sub>2</sub>O), das eine etwa 300mal höhere Treibhaus-Wirkung als CO<sub>2</sub> hat.<sup>21</sup> CO<sub>2</sub>-Freisetzungen durch Brandrodungen von Regenwaldflächen können nicht annähernd in hundert Jahren durch Agrotreibstoffproduktion ausgeglichen werden.<sup>22</sup> Es ist daher kaum damit zu rechnen, dass der Ersatz fossiler Brennstoffe durch Agrotreibstoffe den Treibhausgas-Ausstoß reduziert. Dazu kommen Brandrodungen von Regenwaldflächen, deren CO<sub>2</sub>-Freisetzungen voraussichtlich nicht einmal in 100 Jahren durch Agrotreibstoffproduktion auszugleichen sind.

---

<sup>20</sup> International Water Management Institute, Water Policy Brief, Issue 30, Nov 2008

<sup>21</sup> Nachhaltigkeitskriterien für Agrotreibstoffe. Kurzstudie im Rahmen des Projektes „Essen oder Fahren – Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Ernährungssicherheit und Biofuels“, Ökobüro, Koordinationsstelle österreichischer Umweltorganisationen, Dezember 2007

<sup>22</sup> Ebenda

## Resumée

Die Beimischungsziele der Industrieländer (EU, USA) führen zu forcierter Produktion von Rohstoffen für Agrotreibstoffe im Süden, die mit gravierenden Verletzungen des Rechts auf Nahrung und dem Verlust von Existenzgrundlagen in Form von Land und natürlichen Ressourcen einher geht.

In einigen Ländern mag es Einkommensmöglichkeiten durch die Agrotreibstoffproduktion geben.<sup>23</sup> In den meisten Fällen überwiegen jedoch die sozialen, ökologischen, ökonomischen Nachteile. Frauen machen bis zu 70 Prozent der Armen dieser Welt aus und sind von Landlosigkeit stärker betroffen als Männer. Sind Frauen in der Lage, Land zu bewirtschaften, so ist das hauptsächlich in Form von Klein- und Subsistenzbetrieben, die wenig Spielraum für ein eigenständiges, existenzsicherndes Einkommen bieten. Frauen besitzen sie das Land jedoch häufig nicht selbst. Der Agrotreibstoff-Boom hat vielerorts den Preis bzw. die Pacht für Land extrem in die Höhe getrieben, (gewaltsame) Vertreibungen und unfreiwillige Umsiedlungen haben zugenommen. Haben Frauen ihre landwirtschaftliche Existenzgrundlagen einmal verloren, gibt es für sie meist noch weniger Möglichkeiten für ein alternatives Einkommen als für Männer.

Für Europa muss die Rohstoffproduktion großteils in den Süden und Osten ausgelagert werden, mit den damit verbundenen Problemen – eine neue Form des Kolonialismus. Dabei wird der relative Reichtum an agrobiologischer Vielfalt im Süden durch die industrielle Landwirtschaft massiv bedroht.

Biodiversität ist die Grundlage der globalen Nahrungssicherung. In vielen Ländern wird die Pflege und Weiterentwicklung der agrobiologischen Vielfalt von Frauen geleistet bzw. unterstützt. Die kontinuierliche Reduktion der pflanzengenetischen Vielfalt verringert die Möglichkeiten, Nahrungspflanzen mittels Züchtung an neue Bedingungen anzupassen. Diese Anpassung ist aber gerade im Zeitalter des Klimawandels überlebensnotwendig für die Menschheit. Gentechnik kann nicht leisten, was konventionelle Züchtung vermag. Während wir in Europa eher langfristig und mittelbar von der Erosion der Biodiversität betroffen sind, hängt die Existenz der Kleinbauern und insbesondere die der Kleinbäuerinnen im Süden ganz unmittelbar und direkt von der pflanzengenetischen Vielfalt ab. Vor allem mittelfristig ist zu erwarten, dass sich die Agrotreibstoffproduktion global nachteilig auf das Recht auf Nahrung weltweit auswirken wird.

Die forcierte Produktion von Agrotreibstoffen ist kein sinnvoller Lösungsansatz für Energieprobleme. Wissenschaftliche Studien<sup>24</sup> sprechen sogar von zusätzlicher Treibgasentwicklung.

Es sollte nicht nur nicht über Ersatz für Erdöl nachgedacht werden, sondern viel mehr über Sofortmaßnahmen zur drastischen Reduktion des Energieverbrauchs. Keinesfalls darf die Energieproduktion für die Reichen auf Kosten der Ernährung der Armen gehen wie bei den Agrotreibstoffen!

<sup>23</sup> *Agrofuels: Opportunity or Danger?*, Conference Report, 12. – 14. Dezember 2007, Hotel Christophorus-Haus, Berlin Spandau/BRD

<sup>24</sup> Jerry M. Melillo, John M. Reilly, David W. Kicklighter, Angelo C. Gurgel, Timothy W. Cronin, Sergey Paltsev, Benjamin S. Felzer, Xiaodong Wang, Andrei P. Sokolov, C. Adam Schlosser, *Indirect Emissions from Biofuels: How Important?*, Science DOI: 10.1126/science.1180251, veröffentlicht online, 22. Oktober 2009; <http://www.sciencemag.org/cgi/content/abstract/1180251>

## Ausblick und Empfehlungen

### *Alternativstrategien*

Zur Erreichung der Treibhausgas-Emissionsziele sind Strategien zu wählen, die mit menschenrechtlichen Verpflichtungen konform sind:

**Steigerung der Energieeffizienz.** Öffentliche Förderung von energetischer Sanierung von Altbauten, Passivhausbauweise, Reduktion von Verpackungsmaterial, Entwicklung von Technologien zur Steigerung der Energie-Effizienz.

**Eindämmung des PKW-Verkehrs.** Zulassungssteuer für Spritfresser (z.B. Porsche Cayenne S in Norwegen: 53.000 €), Steuerbonus für Elektroautos, Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Moratorium für Straßenbau.

**Weitgehende Vermeidung von LKW-Transporten.** Hohe Transportsteuern, um Kostenwahrheit beim Transport herzustellen, Erleichterungen für Schienentransport.

**Stärkere Besteuerung von Kerosin und Schiffstreibstoffen,** zumindest deren steuerliche Gleichstellung mit Benzin und Diesel, um auch hier Kostenwahrheit herzustellen.

**Umstieg auf erneuerbare nachhaltige Energieträger.** Wind- und Sonnenenergie, auch lokaler Einsatz von moderaten Mengen regional produzierter Agroenergieträger (z.B. Hackschnitzel), Vermeidung von Flächenkonkurrenz mit Nahrungsmittelproduktion.

**Umstellung aller landwirtschaftlichen Flächen** auf ökologische Landwirtschaft.

**Vorrang und Erhalt** für den Nahrungsmittelanbau.

**Umstellung auf sozial, ökologisch und frauenpolitisch verträglichen Welthandel.**

**Förderung der Lebensqualität am Land** durch ländliche Entwicklungsmaßnahmen.

**Keine Spekulation auf Agrarprodukte.** Unterbindung von weltweiten Nahrungsmittel-Spekulationsgeschäften sowie Regulierung der Nahrungsmittelpreise.

**Internationale Zusammenarbeit.** Überwachung, Rechenschaftspflicht, Kontrolle von Unternehmen und deren Aktivitäten in der Agrarproduktion und im Agrarhandel sind zu forcieren, um regionale kleinbäuerliche Nahrungsproduktion zu fördern und den lokalen Nahrungsbedarf zu decken.

**Agrarreformen als Instrument zur Ernährungssicherung** dürfen im Sinne des Rechts auf Nahrung und unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen durch den Anbau von Pflanzen zur Energiegewinnung nicht gefährdet werden.

**Partizipation.** Die Teilhabe der betroffenen lokalen Bevölkerung ist bei Investitionen in Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Landnutzung sicherzustellen. Landnutzungspläne sind in intensiver, gleichberechtigter Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung, insbesondere mit Frauen, KleinbäuerInnen und indigenen Gemeinschaften, zu entwickeln.

### *Empfehlungen in Bezug auf Agrotreibstoffe*

**Moratorium auf Beimischungsziele.** So lange nicht ausgeschlossen werden kann, dass es menschenrechtliche Verschlechterungen durch Agrotreibstoffproduktion gibt, sind die österreichischen und EU-Beimischungsziele auszusetzen

**Kein Import von Agrotreibstoffen in die EU und nach Österreich,** da eine Konkurrenzsituation zwischen der landwirtschaftlichen Produktion für Treibstoffe und für Nahrung besteht.

**Keine Förderung industrieller Produktion von Agroenergiepflanzen in der EU.** Entsprechend der Forderung von Sozial- und KleinbäuerInnenbewegungen Anbaustopp von Agroenergiepflanzen, es sei denn, sie werden nur regional verwendet und dienen nicht dem motorisierten Individualverkehr.

Wir brauchen in Österreich, in der EU und weltweit **eine andere Mobilitätspolitik, eine andere Energiepolitik und eine andere Agrar- und Ernährungspolitik**, ausgerichtet am Konzept der Ernährungssouveränität ohne Gentechnologie und am Konzept der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit.

**Wien, 9. Dezember 2009**

**Autorinnen: Gertrude Klaffenböck, Eva Lachkovics**

#### Kontakt:

#### **WIDE – Netzwerk**

Women in Development Europe

Währingerstr. 2-4/22, A-1090 Wien

Tel: (+43-1) 317 40 31

office@wide-netzwerk.at, www.wide-netzwerk.at